

Rechnungsblätter
Kleinformat, für Dreiecke
bei täglich wechselnder
Zusammensetzung

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856
Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zarif
Anzeige von 1000
Zeilen bis zum
3. Ubr. Sonntag

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacao Desserts.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.
Einzelverkauf: D. Oeden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna, Versand
n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Reinste u. mildeste aller Toilette-:: Seifen!
Guthmann's Cosmos Seife
Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Ullrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1. Preisliche Straße 1 (am Pirnaischen Platz).

Vernickeln und Schärpen von Schlittschuhen, vernickeln von Rollschuhen :: Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3.

Ankündigungen,
die sich auf öffentliche Veranstaltungen, Konzerte etc.
am 2. Januar beziehen, bitten wir für die
Nummer vom 1. Januar aufzugeben, da am 2. Januar
kein Blatt erscheint.

Für eilige Leser.
Mittelmäßige Bitterung: kühl, veränderlich.
In der gestrigen Stadterordneten-Sitzung wurde
die neue Steuerordnung mitvollzogen. Bei der Beratung über
die Abmilderung des religiösen Memorierstoffes kam es zu
einem erregten Wortwechsel zwischen den beiden Vizepräsidenten.
Das Kollegium sprach sich für Abmilderung und Neuauswahl
des Memorierstoffes aus.
Die von Hauptmann von Hellfeld gegen die russische
Regierung eingeklagte Forderung beträgt mit
Zinsen 3 1/2 Millionen Mark.
Prinzessin Luise von Koburg beabsichtigt, in der Nähe
von München ein Schloss zu erwerben.
Geheimrat Hergesell ist nach Abschluss seiner Expe-
ditionsreise zur Erforschung der Luftschichten über dem Atlan-
tischen Ozean in New York eingetroffen.
Die neuerlichen Verhandlungen wegen Bildung eines un-
garischen Kabinetts sind wiederum gescheitert.
Die Kopenhagener Kommission wird eine nochmalige
Untersuchung von Coats' Papieren vornehmen,
wenn die Originalnotizbücher vorgelegt werden.

Ein vorsichtigerer Kurs in der
Sozialpolitik
nicht nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Innern
von Delbrück im Reichstage bei Gelegenheit der Inter-
pellationen über die Arbeitsvermittlung zu erwarten.
Damit wird endlich einer Notwendigkeit Rechnung ge-
tragen, die sich angesichts der ins Unendliche angeblühenden
Nochfrist von sozialpolitischen Tendenzanträgen und bei
der Ueberfülle neuer Gesetzesvorlagen auf diesem Gebiete
schon längst mit steigender Kraft geltend gemacht hat und
deren Berücksichtigung durch die verantwortlichen Stellen
zu einer unabwendbaren Forderung einer besonnenen,
haushälterischen Politik geworden ist. Es kann natürlich
keine Rede davon sein, daß das große Werk der deutschen
Sozialreform in seinem weiteren organischen Ausbau,
soweit sich ein solcher noch wirklich als notwendig erweist,
beeinträchtigt werden soll. Worauf es ankommt, ist ledig-
lich die Zurückführung gewisser einseitiger Uebertreibungen
der Sozialdemokratischen Aera auf den natürlichen Stand-
punkt der ausgleichenden Gerechtigkeit nach allen Seiten
hin. Die sozialpolitischen Verdienste des Grafen Soja-
domski in vollen Ehren! Sie sind so unbestreitbar, daß keine
Kritik an seinem Wirken sie auszulöschen vermag. Seiner
Tätigkeit haftete aber die unverkennbare Schwäche an, daß
sie ausschließlich auf die Vertretung der Arbeiterinteressen
zugeschnitten war und darüber die Rücksichten auf den
Mittelstand und das Unternehmertum vernachlässigte. Auch
nahm damals die Fülle sozialpolitischer Gesetze dermaßen
überhand, daß es in solchem Tempo keinesfalls weiter-
gehen konnte und durfte, wenn nicht die finanziellen Kosten
der Sozialpolitik, ganz abgesehen von den nicht minder un-
liebsam empfundenen behördlichen Eingriffen durch über-
mäßig gehobene Aufsichts- und Kontrollbefugnisse, ins
Innerschwellige gehelligt und dadurch die Konkurrenz-
bedingungen der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt
in bedenklichem Grade beeinträchtigt werden sollten. In
den genannten Punkten darf nun von den Männern des
neuen Kurses ein den nationalwirtschaftlichen Voraus-
setzungen besser entsprechendes Verhalten erhofft werden.
Herr von Delbrück ist nach seinen eingangs erwähnten
Darlegungen gewillt, sowohl die Einbringung neuer
sozialpolitischer Gesetzesentwürfe im knappest möglichen
Maße zu halten, als auch dem Mittel-
stande neben der Arbeiterschaft sein soziales
Recht zu gewähren und gleichzeitig dem Unter-
nehmertum zu geben, was ihm gebührt. Da
auch der Reichskanzler Herr von Bethmann-Holl-
weg den gleichen Grundgedanken hegt, die er als Vor-
gänger Herr von Delbrücks im Reichsamt des Innern
praktisch befolgt hat, so erscheint die neue sozialpolitische

Richtung durch die Harmonie der Anschauungen ihrer
leitenden Träger innerlich genügend gefestigt, um dem
sozialen Treiben und Drängen, wie es von Seiten der
Sozialdemokratie und des Zentrums aus agitatorischen
Gründen in jeder parlamentarischen Session in Szene ge-
bracht zu werden pflegt, erfolgreichen Widerstand entgegen-
zusetzen.
An dieser neuen Entwicklung, die auf einer verständigen
Einsicht in das, was der Allgemeinheit nützlich, beruht,
ist nicht zum wenigsten die stärkere Betonung der wohl-
begründeten Rechte und Interessen der Arbeitgeber mit
Benutzung zu begrüßen. Es ist in der Tat hohe Zeit,
daß in breiten Schichten unseres Volkes wieder das Ver-
ständnis für die überragende geistige und wirtschaftliche
Bedeutung des Unternehmertums erwacht und geweckt
wird, weil nur so dem Weitergreifen der unheil-
vollen Auffassung vorgebeugt werden kann, die, von sozial-
revolutionärer Seite geistlich erzeugt, genährt und ge-
fördert, den Stand der Arbeitnehmer geistlich über-
häuft und von ihm allein alles Heil erwartet, während die
Arbeitgeber nicht als wesentliche Faktoren des National-
wohlstandes, sondern lediglich als „Ausbeuter“ und Feinde
gewertet werden, mit denen ein Kampf bis zum Messer ge-
führt werden müsse. Wohin soll es führen, wenn ein solcher
Wahn unaufhaltsam weiter an sich greift und die Weltzer-
brechen bedrückt, daß schließlich die Mehrheit des Volkes
bereit ist, fastbützig die Henne zu schlachten, die der ganzen
Nation die goldenen Eier legt? Da kann nur unaus-
gesprochene Klugheit über das wahre Wesen des Unter-
nehmertums in Verbindung mit einer zielbewußten Hal-
tung der Regierung Abhilfe schaffen. Ein bemerkenswertes
Zeugnis nach dieser Richtung legt u. a. der bekannte
Nationalökonom Professor Dr. Gustav von Schmoller ab.
Es will doch gewiß etwas heißen, wenn dieser hervor-
ragende Gelehrte, dessen soziale Neigungen so stark und
ausgesprochen sind, daß sie ihm den Beinamen eines
Kathedersozialisten zugezogen haben, die Unternehmer als
„eine Klasse ausgeglichener Menschen“ bezeichnet, deren Ent-
scheidung das Werk Jahrhunderte langer geistiger und mora-
lischer Erziehung, geschichtlicher Entwicklung und sozialer
Auslese sei. Man könne behaupten, die Unternehmer seien
als Klasse die wirtschaftlich Fähigsten geblieben; sie seien
auch heute noch gegenüber den Verkäufern der Produk-
tionsmittel wie gegenüber den Konsumenten im ganzen die
Ueberlegensten; und das sei nicht sowohl die Folge ihres
Vollbesitzes, als vielmehr eine Wirkung ihrer Intelligenz und
ihrer geklärten geschäftlichen Fähigkeiten. In solchen
Worten zeigt sich allerdings der „Kathedersozialist“ mit
feiner Silbe, im Vorgehen!
Nach zwei Richtungen hin haben die Männer des
neuen Kurses bereits ihren festen Willen zum Schutze der
berechtigten Unternehmerinteressen kundgegeben, einmal in
Sachen der Vorförderung der Beiträge zu der Krankenver-
sicherung und zum anderen in ihrer Stellungnahme gegen-
über dem Streit über den einseitigen Arbeitsnachweis der
Vergaberinnen im Ruhrrevier. Der Entwurf einer Reichs-
versicherungsordnung sieht bekanntlich für das Kranken-
kassenwesen eine Aenderung insofern vor, als die Beiträge
zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern künftig gleich-
mäßig verteilt werden sollen, während jetzt die Arbeitnehmer
zwei Drittel tragen. Hand in Hand mit dieser finanziellen
Ueberbelastung der Arbeitgeber soll dann aber auch eine
entsprechende Erweiterung ihrer Rechte gehen, indem sie
sich in die Vorstände der Kassen entsenden. Gegen diese
sehr vernünftige Bestimmung, die wenigstens einen
einigermaßen wirksamen Damm gegen die sozialdemokra-
tische Vorherrschaft in den Krankenkassen darstellt, läßt
die Presse der Unionspartei Sturm: ein Beweis, wie nützlich
sich die Vorsicht in der Praxis erweisen würde.
Gegenüber dieser Agitation hat die Reichsregierung den
dankenswerten Mut gefunden, in einer invidierten Mit-
teilung zu versichern, daß Preußen in Verbindung mit
mehreren anderen Bundesstaaten auf der Halbierung der
Beiträge und der gleichmäßigen Vertretung der Arbeit-
geber in den Vorständen der Kassen unbedingt bestche,
und zwar aus politischen Gründen zum Zwecke der Be-
sänftigung des sozialdemokratischen Einflusses in
den Krankenkassen. Das ist ein offenes, ehrliches Wort,
das den Nagel auf den Kopf trifft und für das alle haushälterischen
Kreise der leitenden Stelle aufrichtigen Dank
sollen werden. Die Ueberstände, die sich aus dem partei-
politischen Terrorismus der Sozialdemokratie in der Ver-
waltung der Krankenkassen ergeben, haben einen solchen

Umsatz angenommen, daß selbst bis weit in die Kreise der
äußersten bürgerlichen Linien hinein die Ueberzeugung
von der Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse ge-
drungen ist. Die Regierung darf daher auf die allge-
meine Zustimmung der haushälterischen Kreise rechnen,
wenn sie in diesem Punkte unmissverständlich auf ihrem
Standpunkte beharrt und sich durch kein agitatorisches Lärmen
über angebliche Beschränkung der Selbstverwaltungsbefugnisse
der Krankenkassen in ihrer zielbewußten Haltung beirren
läßt.
Mit Bezug auf den Streit um den Arbeitsnachweis
hat der Staatssekretär von Delbrück im Reichstage die Er-
klärung abgegeben, er wolle eine Vermittlung und Ge-
sühnung zum Zwecke der Einführung eines paritätischen,
aus Vertretern beider Teile zusammengesetzten Arbeits-
nachweises so lange ablehnen, als nicht im Ruhrrevier die
Voraussetzungen für ein vertrauensvolles Zusammen-
wirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorliegen.
Das heißt mit anderen Worten, der Minister lehnt es
rundweg ab, den bergbaulichen Unternehmern einen pari-
tätischen Arbeitsnachweis wider ihren Willen aufzuzwingen,
in Anerkennung der Verteilungsgerechtigkeit, welche die Ar-
beitgeber mit ihrem einseitigen Arbeitsnachweis gegen-
über der gleichen gewerkschaftlichen Einrichtung einnehmen.
Es wäre auch zweifellos ein nicht zu rechtfertigender Ein-
griff in die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber, wenn gleich
bei dem ersten Versuche von dieser Seite, den Arbeitsnach-
weis aus eigener Kraft zu organisieren, der Staat sein
Beto einlegen wollte. Auf einem anderen Blatte steht frei-
lich die Frage, ob nicht die Vergaberinnen aus Rücksicht
auf die allgemeine Wohlfahrt, die durch einen Vertrauens-
zustand von größerer Ausdehnung schwer in Mitleiden-
schaft gezogen würde, sich freiwillig entschließen könnten,
Vertrauensmänner der Arbeiter zur Ueberwachung des
Arbeitsnachweises heranzuziehen, um dadurch das Mit-
trauen der Arbeiter gegen die neue Einrichtung im Keime
zu erlösen. Soweit hier tatsächlich die Gefahr von Miß-
bräuchen besteht, hat auch die Regierung ein Einschreiten
in Aussicht gestellt, besonders im Punkte der strafrechtlichen
Abhandlung der Verfehlung durch schwarze
Bücher und sonstige Maßnahmen. Wenn also die Verg-
aberinnen aus eigener Initiative das Ihrige tun, um den Ar-
beitern den Beweis zu liefern, daß sie mit ihrem Arbeits-
nachweise lediglich den wirtschaftlichen Zweck einer vor-
sozialdemokratischen Terrorisierung befreiten Arbeitsver-
mittlung verfolgen und nicht an die politische und persön-
liche Uebelung der Arbeiter denken, so würden sie durch
ein solches Verhalten ihre loyalen Absichten in helles Licht
rücken. Käme es dann trotzdem zum Kampfe, so hätten die
Unternehmer sich in jedem Falle die so wertvollen mora-
lischen Sympathien gesichert. Ein Zugewinn nach der
angedeuteten Richtung aber muß ihnen um so leichter fallen,
je mehr Gewähr ihnen die amtlichen Träger des neuen
sozialpolitischen Kurses für die nachdrückliche Wahrung
aller berechtigten Unternehmer-Interessen bieten.

Neueste Drahtmeldungen
vom 30. Dezember.
Vom preussischen Landtage.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Eröffnung des auf den
11. Januar einberufenen preussischen Landtages erfolgt, amt-
licher Bekanntmachung zufolge, an diesem Tage mittags 12 Uhr
im Weißen Saale des Berliner Schlosses. Zuvor wird Gottes-
dienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen und um 11 1/2
Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder
stattfinden.
Die beschlagnahmten russischen Millionen.
Berlin. (Priv.-Tel.) In Sachen der Beschlagnahme eines
russischen Depots bei einem Berliner Bankhause wird halb-
amtlich mitgeteilt: Auf Antrag des Hauptmanns a. D. von
Hellfeld ist von dem Amtsgericht Berlin Mitte auf Grund eines
Urteils des Kaiserlichen Gerichts in Langtau die Pfändung
Arbeits-Guthabens der russischen Regierung beim hiesigen Bank-
hause Mendelssohn u. Co. verfügt worden. Die russische Re-
gierung hat gegen dieses von ihr als völkerrechtswidrig ange-
sehene Verfahren Beschwerde erhoben. Von dem Ministerium
der Auswärtigen Angelegenheiten ist darauf, wie bereits früher
in ähnlichen Fällen, gegen den Pfändungsbeschluss der Kompe-
tenzinstanz bei dem hierfür zuständigen Gerichtshof erhoben
worden. Uebrigens hat sich die russische Regierung
bereits erkärt, die Ansprüche des Herrn von Hellfeld durch
ein Schiedsgericht feststellen zu lassen.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die von Hauptmann von Hell-
feld gegen die russische Regierung eingeklagte Forde-
rung beläuft sich auf eine Summe, die mit den Zinsen
zusammen 3 1/2 Millionen Mark beträgt. Der russische
Bevollmächtigte von Onnewski verhandelt im Auftrage
seiner Regierung mit Herrn von Hellfeld wegen eines Ver-

Thomanns Nähmaschinen
Dresden, A. S.